



Juquin (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Wir sind die Erben der Jakobiner“

„Das ist eine Revolution in der Revolution“

Der französische KP-Führer Pierre Juquin über Gorbatschow und die Reformierbarkeit kommunistischer Parteien

SPIEGEL: Monsieur Juquin, die bisher monolithische Sowjet-KP wird durch die Parteispitze auf Reformkurs gedrängt, die französische KP, die immerhin mal eine eurokommunistische Periode erlebt hat, wird durch die Parteispitze abgeschottet, sie verdammt ihre Reformer. Ist da für einen Kommunisten die Welt noch in Ordnung?

JUQUIN: Man kann die Vorgänge in beiden Ländern schwer miteinander vergleichen. Was in der Sowjet-Union passiert, erscheint mir aufregend. Da wird, zum Ende des Jahrhunderts, eine der größten Fragen unserer Zeit aufgeworfen. Das weckt große Hoffnungen. Was in Frankreich passiert, wirkt dagegen paradox.

SPIEGEL: Generalsekretär Michail Gorbatschow hat gesagt, wenn der Sozialismus überleben wolle, sei eine tiefgehende Demokratisierung unaufschiebbar. Halten Sie so etwas für möglich?

JUQUIN: Ein sozialistisches Land wird aufgefordert, sich zu ändern oder unterzugehen. Das ist eine Revolution in der Revolution, wobei aber der sozialistische Charakter der Sowjet-Union mei-

nes Erachtens nicht in Frage gestellt wird.

SPIEGEL: Wurde die Kommunistische Partei Frankreichs von dieser Entwicklung in der Sowjet-Union überrascht?

JUQUIN: In gewisser Hinsicht ja. Wenn ein führender französischer Kommunist vor vier oder fünf Jahren an der Sowjet-Union Kritik geübt hätte, wie sie jetzt Gorbatschow an der Breschnew-Ära übt, wäre er ausgeschlossen worden.

SPIEGEL: Ausgeschlossen aus der Partei werden die französischen Reformer heute zwar nicht. Immerhin aber hat Generalsekretär Georges Marchais sie beschuldigt, „Liquidatoren“ ihrer Partei zu sein, die alte Anklage, die Lenin einmal gegenüber Gegnern erhob.

JUQUIN: Es ist die Anklage, die Organisationen gern gegen Kritiker vorbringen. Doch so etwas hat heute keine Chance mehr. In der französischen, in der europäischen Gesellschaft werden autoritäre Verhaltensweisen, Hierarchie-Denken und Intoleranz immer weniger geschätzt, die entgegengesetzten Werte gewinnen an Bedeutung. Die Reformbewegung in der Kommunistischen Partei entspricht diesem Wandel in der französischen Gesellschaft – das hat es in

der Geschichte dieser Partei bislang nicht gegeben.

SPIEGEL: Eben. Widerspricht nicht die Geschichte des ganzen Kommunismus allen Hoffnungen, daß es möglich sein könnte, eine solche Partei wirklich zu öffnen und zu demokratisieren?

JUQUIN: In Italien war es zum Beispiel möglich.

SPIEGEL: Wenn es auch in der Sowjet-Union möglich wäre, müßte man Gorbatschow ja als einen „Liquidator“ im Sinne von Marchais bezeichnen.

JUQUIN: Ich möchte das Problem nicht auf eine Personenfrage reduzieren. Die französische KP tut sich gerade deshalb so schwer, weil es sich nicht um ein Problem Marchais handelt, sondern um einen grundsätzlichen Kampf über die Richtung und die Strukturen der Partei. Ganz bestimmt haben die sowjetischen Reformer viel Mut, früher wären sie in ihrer Partei wahrscheinlich als „Liquidatoren“ angesehen worden.

SPIEGEL: Für die Franzosen sind die Kommunistische Partei und ihr Generalsekretär Marchais fast identisch.

JUQUIN: Ja, das ist eine der Verirrungen der französischen KP. Sie ähnelt einem Staat. Wenn das Politbüro zusam-

* Im Pariser SPIEGEL-Büro mit Redakteuren Dieter Wild und Lutz Krusche.

Pierre Juquin

ist als Mitglied des Zentralkomitees (bis 1985 auch des Politbüros) der Kommunistischen Partei Frankreichs Wortführer einer Gruppe von Dissidenten, deren Zusammenstoß mit der Parteiführung zur schwersten Krise in der Geschichte der KPF seit ihrer Entstehung 1920 geführt hat.

Damals, auf dem historischen Kongreß von Tours, kam es zur Spaltung, die Sozialisten gründeten eine eigene Partei. Heute fordern die KP-internen Reformer eine offene Diskussion über die Ursachen des dramatischen Niederganges ihrer Partei, der (nächst der italienischen) mitgliederstärksten im Westen.

Sie fiel von 28,2 Prozent der Wähler im Jahre 1946 auf 15,3 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen 1981, bis sie schließlich bei den Parlamentswahlen im März 1986 auf das blamable Tief von 9,8 Prozent sackte, so viele Stimmen erreichte auch die rechtsradikale Nationale Front.

Juquin, 56, von Beruf Deutschprofessor, war 1964 Mitglied des Zentralkomitees, 1979 Mitglied des Politbüros und Parteisprecher geworden. Für sein Aufbegehren gegen den starr dogmatischen, realitätsfernen Kurs des KP-Generalsekretärs Georges Marchais wurde er 1985 mit dem Verlust seines Sitzes im Politbüro und seines Amtes als Parteisprecher bestraft. Juquin ging dennoch in die Offensive – sein 1985 veröffentlichtes

Buch „Autocritiques“ ist ein einziger Angriff gegen die Parteiführung.

Die wagte es aber nicht, Juquin aus dem ZK auszuschließen, wie sie es mit früheren Dissidenten praktiziert hatte. Daß die Führung mit Reformen nicht mehr umspringen kann wie gewohnt, zeigte sich drastisch vor zwei Wochen: Als Marchais seine Kritiker in einem TV-Interview „Liquidatoren“ der Partei nannte, legten zwei populäre, altgediente KP-Führer ihre Parteiposten aus Protest nieder, blieben aber wie Juquin demonstrativ in der Partei: Claude Poperen, bis dahin Mitglied des Politbüros, sowie der Résistancekämpfer Marcel Rigout, Mitglied des Zentralkomitees und von 1981 bis 1984 einer von vier KP-Ministern in der Regierung.

Anders als früher werden die Reformideen heute nicht mehr nur von einzelnen Intellektuellen getragen, sondern von breiten Parteischichten, von Funktionären und Mandatsträgern in Paris wie in der Provinz. Sie fühlen sich moralisch gestärkt durch die auf Reformkurs gegangene Sowjet-Partei, der die KPF bis jetzt stets gefolgt war.

Am 31. Januar trafen sich 35 ranghohe Kommunisten aus 15 Regionalverbänden an einem geheimgehaltenen Ort in Paris. Dieses „Koordinationskollektiv kommunistischer Erneuerer“ bereitete ein Manifest gegen die Führung des Generalsekretärs Marchais vor, das diese Woche erscheinen soll.

mentritt, tagt eine Art Ministerrat. Er berichtet dann dem Zentralkomitee, das eine Art Versammlung der Präfekten ist.

SPIEGEL: Und warum ist das so?

JUQUIN: Um es überspitzt auszudrücken: Der Staat Machiavellis und des absoluten Königtums hat auf die Kommunistische Partei abgefärbt. Also wiederholt die Partei die Fehler des autoritären monarchischen Staates, sie wird selbst monarchisch und eine Art Staat. Ich greife damit nicht Georges Marchais an, sondern das System, das er vertritt.

SPIEGEL: Vor zwei Jahren wurden Sie aus dem „Ministerrat“, dem Politbüro, ausgeschlossen. Bedauern Sie es, daß Sie diesem wichtigen Entscheidungsgremium nun nicht mehr angehören?

JUQUIN: Die Frage ist schwer zu beantworten. Ich bin in die Partei gegangen, weil ich, Sohn eines Eisenbahners, für Gerechtigkeit und Frieden kämpfen wollte. Ich habe ein Vierteljahrhundert im Zentralkomitee gesessen, also die wichtigste Zeit meines Lebens dort verbracht. Das läßt sich nicht auslöschen.

SPIEGEL: Sie haben einmal geschrieben: „Ich kenne meinen Anteil an den Fehlern, welche die Kommunistische Partei begangen hat.“

JUQUIN: Ja, ich kenne meinen Anteil, ich trage ihn. Deshalb gab ich dem Buch, das ich 1985 geschrieben habe, auch den Titel „Autocritiques“ – das ist kein Bluff. In den letzten Wochen habe ich mich immer wieder des berühmten Hölderlin-Verses aus der „Hälfte des Lebens“ erinnert: „Weh mir, wo nehme ich, wenn es Winter ist, die Blumen ...“ Ich habe mir selbst dann mit einem Satz von Goethe geantwortet: „Denn ich bin ein Mensch gewesen, und das heißt ein Kämpfer.“

SPIEGEL: Was lernt man daraus?

JUQUIN: Natürlich haben wir schwere Fehler begangen, vielleicht mußten wir sie begehen. Wir sind nicht mehr im Einklang mit der Entwicklung der französischen Gesellschaft. Ich verstehe nicht, daß meine Genossen sich zu einer solchen Selbstkritik nicht aufraffen können.

SPIEGEL: Wie kam es eigentlich zu Ihrem Ausschluß aus dem Politbüro?

JUQUIN: Ich hatte der Parteiführung schon längere Zeit Fragen gestellt. Ich hatte geglaubt, daß es möglich sein würde, meine Partei von der Spitze aus zu reformieren, daß die Parteiführung sogar die Initiative dazu ergreifen würde. Aber

ich mußte feststellen, daß das in der Kommunistischen Partei Frankreichs nicht möglich ist. In der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union scheint es jetzt zu gehen.

SPIEGEL: Wenn man wie Sie aus dem Politbüro ausgeschlossen wird, bekommt man dann eigentlich eine Begründung?

JUQUIN: Ich war dabei, als das Politbüro darüber mehrere Stunden lang debattierte.

SPIEGEL: Sie konnten sich also verteidigen?

JUQUIN: Ich habe mich nicht verteidigt, sondern versucht, die Diskussion auf die Grundsatzfragen zurückzuführen. Ich habe daran erinnert, daß – wann immer uns während des letzten Vierteljahrhunderts solche Fragen gestellt wurden – wir nicht hingehört und keine Antworten gesucht, sondern die Fragesteller hinausgeworfen haben. Das lief stets nach dem gleichen Szenario ab, im Fall von Laurent Casanova wie im Fall von Roger Garaudy*. Ich habe dargelegt, daß es an der Zeit ist, die Menschen nicht mehr auszuschließen, um von Fragen verschont zu bleiben, sondern daß die Partei endlich Antworten finden muß.

SPIEGEL: Was haben Sie bei dieser Sitzung empfunden?

JUQUIN: Ich habe alle meine Genossen angeschaut und nur gedacht: Soll es doch einer wagen, mir zu sagen, was mit einem wie mir vor 20 Jahren in der Tschechoslowakei passiert wäre.

SPIEGEL: Warum, glauben Sie, haben sich Ihre Genossen dem archaischen politischen System, das die Kommunistische Partei Frankreichs vertritt, so sehr verschrieben?

JUQUIN: Weil dieses archaische System nicht nur die Institutionen und Strukturen, sondern auch uns selbst eingenommen hat, weil es Teil unserer Mentalität geworden ist.

SPIEGEL: Können Sie das deutlicher machen?

JUQUIN: Der marxistische italienische Theoretiker Antonio Gramsci hat das sehr genau dargelegt: Die Macht ist nicht nur die Macht der Herrschenden über die Beherrschten, sondern auch das Einverständnis der Beherrschten mit den Herrschenden, also das Einverständnis mit Hierarchie und Autorität. Es gibt da, wie in der Kirche, ein Drinnen und ein Draußen. Das alles hat man tief in sich eingesogen. Dann kommt man sehr leicht dahin, etwa zu sagen: „Der Klassenkampf ist hart und erbarmungslos. Wenn ich meine eigene Partei offen kritisiere, nützt das nur den Gegnern der Arbeiterschaft.“

SPIEGEL: Dieser Einstellung verdankt die Kommunistische Partei Frankreichs letztendlich ihren historischen

* Politbüro-Mitglied Casanova wurde 1961 wegen Protests gegen den Personenkult in der KP ausgeschlossen, Politbüro-Mitglied Garaudy 1970 wegen Protests gegen die Sowjet-Invasion in der CSSR.

Niedergang von 28,2 Prozent der Wähler 1946 auf 9,8 Prozent 1986.

JUQUIN: Leider ist dieser Niedergang nicht nur an den Wählerstimmen abzulesen. Er ist verbunden mit einer Abnahme der Mitgliederzahl und einer Abwendung der Jugendlichen wie der Arbeiter: Die große Mehrheit der Arbeiterschaft erkennt sich in der Kommunistischen Partei von heute nicht wieder.

SPIEGEL: Bei den Intellektuellen sieht es kaum besser aus.

JUQUIN: Ein großer Teil der Intellektuellen, die der Partei verbunden waren, hat ihr den Rücken gekehrt, weil diese Partei kaum noch Ideen hat. Und die wenigen Ideen, die sie hervorbringt, werden von der Parteiführung dann noch abgewürgt. Es gibt keinen Austausch, keine Kreativität.

SPIEGEL: Schön und gut, nur: War das nicht immer so?

JUQUIN: Ich glaube nicht, daß wir immer schon so archaisch waren. Nach dem Ersten Weltkrieg, als das System erfunden wurde, war es zeitgemäß. Es gab damals so gut wie überall Bürgerkrieg und ungeheure Gegensätze in der Gesellschaft. Unsere Reden und Handlungen entsprachen den Bedürfnissen und den Forderungen der Zeit.

SPIEGEL: Und deshalb sollte damals gut gewesen sein, was heute schlecht ist: wenig Transparenz und wenig Demokratie in der Partei?

JUQUIN: Mein Vater war Eisenbahner. Er sagte: Die Eisenbahn ist wie die Armee, aber mit mehr Disziplin, und er war stolz darauf. Damals sagte Lenin über den demokratischen Zentralismus, er müsse funktionieren wie der Fahrplan der Eisenbahn. Heute dagegen kann die Eisenbahn nicht mehr wie eine Armee funktionieren. Autoritäres und hierarchisches Denken verliert an Gewicht, sogar der Staat wird von der Gesellschaft in Frage gestellt. Statt Zentralismus und Etatismus sind Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gefragt.

SPIEGEL: Wenn Sie das System in seinem Ursprung nicht als archaisch ansehen wollen, wann ist es dann pervertiert?

JUQUIN: Es ist von Grund auf pervertiert durch den Stalinismus, der es unterdrückerisch und terroristisch gemacht hat. Natürlich muß man sich die Frage stellen, wie es zu einer solchen Perversion kommen konnte. Wenn das nur in einem einzigen Land passiert wäre, hätte man gesagt, es handelt sich um ein russisches Phänomen.

SPIEGEL: Woran liegt es denn nun, daß sich das System, das Sie wohl zu

Recht als archaisch ansehen, in der KP Frankreichs so viel länger gehalten hat als etwa in der Italiens?

JUQUIN: Vollständig kann ich die Frage nicht beantworten. Eine der Ursachen liegt sicher in unserer Geschichte. Seit der Französischen Revolution sind wir endgültig ein zentralisiertes Land. Zentralismus und Jakobinertum gehen Hand in Hand. Lenin selbst hat gesagt: „Wir sind die Erben der Jakobiner.“ Und die französischen Kommunisten sind es erst recht.

SPIEGEL: Auch heute noch?

JUQUIN: Mein eigener Werdegang ist da vielleicht interessant. Kommunisten bin ich zum erstenmal in meinem Leben 1943 begegnet. In meiner Heimatstadt Clermont-Ferrand klebte damals, nach Stalingrad, an einem Telegraphenmast ein kleiner handgeschriebener Zettel mit dem Text: „Sie sind besiegt, auch wir werden sie besiegen. Es lebe Frankreich, es lebe die Freiheit“. Unterschrift: „Kommunistische Partei Frankreichs“.



Revolutionär Robespierre
Ein bißchen Terror für viel Tugend

SPIEGEL: Sind Sie damals der Partei beigetreten?

JUQUIN: Nein, ich war 13 Jahre alt, aber die Résistance hat mich für die Kommunisten eingenommen. Beigetreten bin ich erst 1953. Ich studierte damals in München und hörte die Vorlesungen von Romano Guardini über Rilke. Da kam die Nachricht von der Wiederbewaffnung Deutschlands. Ich war der Résistance und dem Frieden so sehr verbunden, daß ich daraufhin in die Partei eintrat.

SPIEGEL: Sie wollen doch nicht sagen, daß Sie wegen der deutschen Wiederbewaffnung auch Deutschlehrer geworden sind?



Kommunist Stalin
Kritik ist Verrat

JUQUIN: Nein, das war mehr Zufall und jugendlicher Eigensinn. Der Historiker René Rémond wollte unbedingt, daß ich Geschichte studiere; aus Protest habe ich mich für Deutsch entschieden. Außerdem war ich 20 Jahre lang mit einer Deutschen verheiratet, der Tochter des Hamburger Kommunisten Rudolf Haun. Obschon er Antistalinist war, ist er am Tag der Machtergreifung Hitlers in die Kommunistische Partei eingetreten und hat dafür im Gefängnis gebüßt.

SPIEGEL: Wenn Sie so gute Beziehungen zu deutschen Kommunisten haben – kennen Sie Erich Honecker?

JUQUIN: Ja, ich habe ihn öfter getroffen und schätze ihn sehr. Er ist ein kluger, standfester Mann. Ich war in Ost-Berlin, als er die Reiterstatue Friedrichs II. wieder Unter den Linden aufstellen ließ. Er hat mir das lange erklärt und mir am Tag danach noch ein Buch über Friedrich II. geschickt, offenbar weil er glaubte, er hätte mir noch nicht genug erklärt.

SPIEGEL: Wie denken Sie über die DDR? Die Ost-Berliner Parteiführung hat erkennen lassen, daß sie Gorbatschows Forderung nach Demokratisierung für schädlich hält.

JUQUIN: Die DDR muß ihr Innenleben, ihre Einstellung zu den Beziehungen zwischen den Menschen und zur Freiheit vollständig ändern.

SPIEGEL: Welchen Unterschied sehen Sie zwischen der DDR und der Bundesrepublik?

JUQUIN: In der DDR habe ich den Eindruck, in Deutschland zu sein, in der Bundesrepublik habe ich den Eindruck, in Europa zu sein.

SPIEGEL: Was haben Sie als junger Mensch empfunden, als kurz nach Ihrem

Eintritt in die Partei Chruschtschow die Verbrechen Stalins enthüllte?

JUQUIN: Ich empfand wie ein echter Jakobiner: Die Abscheu vor dem Terror Stalins überwand ich, indem ich an den Terror der Französischen Revolution gedacht und mir gesagt habe: „Das ist Robespierre. Man braucht ein bißchen Terror, wenn man viel Tugend durchsetzen will.“ Etliche französische Kommunisten haben mir ähnliche Gedankengänge anvertraut, man findet sie etwa auch bei Louis Aragon und Paul Eluard. Chruschtschows Enthüllungen waren der schlagende Beweis dafür, daß nur noch die Tugend herrschen sollte. Sie machten mir Hoffnung auf Demokratisierung.

SPIEGEL: Reichen historische Erklärungen für das verbissene Festhalten der Partei an den alten Denk- und Machtstrukturen aus?

JUQUIN: Noch wesentlicher scheint mir: Man darf die Kommunistische Partei nicht ausschließlich als Organisation und Doktrin begreifen, sondern auch als Zusammenwirken von Denk- und Verhaltensweisen, einer Mentalität mithin, welche Autorität verinnerlicht hat. Die meisten Kommunisten haben kein ganz rationales Verhältnis zur Politik.

SPIEGEL: Wie verträgt sich das mit der beanspruchten Wissenschaftlichkeit des Marxismus?

JUQUIN: Das Verhältnis der meisten Kommunisten zur Politik ist innerlich widersprüchlich: einerseits rational, aber zugleich auch quasi religiös – viele Kommunisten sind Gläubige.

SPIEGEL: Und Gläubige möchten von allen Zweifeln verschont bleiben?

JUQUIN: Ja, man mag keinen Zweifel, dafür stößt man um so lieber Bannflüche aus. Man betrachtet jede Kritik als Verrat – mit katastrophalen Folgen. Denn Kritik und Zweifel sind die einzigen Mittel, die Entwicklung durch Vernunft voranzutreiben. Ich bin Marxist, und einer der grundlegenden Sätze von Marx ist für mich: „Zu allererst kommt der Zweifel.“ Ich will mithin keinen dogmatisch verengten Marxismus, keinen mit dem Geist einer Kirche. Der Marxismus muß alles in Zweifel ziehen, sich selbst eingeschlossen. Und das heißt eben: Wissenschaftlichkeit.

SPIEGEL: Bislang waren viele kommunistische Parteien in der Welt aber eine Art Kirche, ein geschlossenes Universum, das Mitgliedern und Funktionären auch Aufstiegschancen gab. Wenn man dieses Universum auflockert, wie Gorbatschow es jetzt proklamiert hat, ergeben sich dann nicht schmerzliche Konsequenzen für die Bewohner?

JUQUIN: Ich kenne viele unserer Parteifunktionäre und habe großen Respekt vor ihnen. Sie sind unentbehrlich. Ich glaube aber, daß es zu viele von ihnen gibt. Zur Öffnung gehört, daß sich jeder selbst in Frage stellt und die Strukturen



Französische Kommunisten
„Ein irrationales Verhältnis zur Politik“

der Partei nicht als sakrosankt gelten. Wenn ich neue Statuten der Kommunistischen Partei Frankreichs zu schreiben hätte, würden viele dieser Strukturen geändert. Daß man zum Beispiel sein Leben lang Generalsekretär oder Politbüromitglied bleiben kann, erscheint mir sehr negativ.

SPIEGEL: Wollen Sie für den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs eine Amtsperiode von sieben Jahren einführen wie für den Präsidenten der Französischen Republik?

JUQUIN: Die Kommunistische Partei wird beantragen, daß man zum Präsidenten der Republik nur einmal gewählt werden kann – für sieben Jahre und dann nicht wieder. Da ist es doch seltsam, daß der Generalsekretär der Kommunistischen Partei immerzu wiedergewählt werden kann, bis ans Ende seines Lebens. Ich bin für eine Rotation und für eine begrenzte Amtszeit aller Mandatsträger. Ich bin ferner dafür, daß die Parteikomitees in den Departements, in den Gemeinden und in den Betrieben vor dem Zentralkomitee tagen, anstatt, wie bisher, hinterher. Dann würden sie nicht mehr die von der Spitze gekommene Parole nur nach unten weitergeben, sondern die Spitze mit den Wünschen der Basis konfrontieren.

SPIEGEL: Damit legen Sie Hand an das geheiligte Prinzip des demokratischen Zentralismus.

JUQUIN: So wie sich diese Formel heute darstellt, ist sie überholt. Aber es geht mir nicht um Worte. Natürlich braucht man auch eine landesweite Organisation und entsprechende Strukturen. Das Gebot der Stunde heißt Selbstbestimmung, die kommunistische Partei aber ist nicht die Partei der Selbstbestimmung, sondern eine hierarchische, autoritäre und monolithische Partei.

SPIEGEL: Sie meinen dennoch, daß eine Partei mit solcher Tradition auf der Basis von Selbstbestimmung funktionieren kann?

JUQUIN: Ich sage: Einheit des Handelns, ja, aber auch Einheit des Denkens? Ich frage mich, ob Denken dann noch möglich wäre. Vorige Nacht, als ich nicht schlafen konnte, habe ich die Schrift „Die Christenheit oder Europa“ von

Novalis gelesen, das zur Bettlektüre von Adenauer gehörte. Das darin gezeichnete Bild einer total integrierten Gesellschaft mit einem total einheitlichen Denken kommt mir vor wie ein Götzenbild.

SPIEGEL: Tragen Sie selbst nicht auch noch immer Götzenbilder vor sich her? Zum Beispiel, wenn Sie fordern, die Kommunistische Partei müsse wieder die Avantgarde der Revolution sein?

JUQUIN: Ich bin nun mal kein Sozialdemokrat, sondern ein Revolutionär. Ich will die Revolution.

SPIEGEL: Glauben Sie denn, daß in der französischen Gesellschaft noch ein Bedürfnis nach Revolution besteht?

JUQUIN: Ich war sicher, daß diese Frage kommen würde. Also gut: Die Menschheit ist von Vernichtung bedroht, durch einen Atomkrieg wie durch die Zerstörung ihrer Umwelt. Es gibt unerhörte Ungleichheiten in dieser Gesellschaft, und außerhalb gibt es das phantastische Nord-Süd-Gefälle. Die Revolution nicht zu wollen, heißt, alle diese Probleme nicht lösen wollen, heißt, eine gewisse Wahrscheinlichkeit heraufbeschwören, daß die Menschheit spätestens in 100 Jahren ausgelöscht ist.

SPIEGEL: Sie sprechen wie ein deutscher Grüner – nur daß der das Wort

„Revolution“ nicht in den Mund nehmen würde.

JUQUIN: Die Geschichte der deutschen Grünen interessiert mich. Sie scheuen sich nicht, Grundfragen über die Gesellschaft und die Kultur unserer Zeit zu stellen, sie tun es sehr frei und sehr vielseitig. Ihre Antworten befriedigen mich nicht immer, aber sie zeigen ihre eigenen Widersprüche. Leider können wir das grüne Experiment nicht auf Frankreich übertragen, weil die ökologische und die pazifistische Bewegung hier zu schwach sind. Aber etwas anderes, spezifisch Französisches, in der Tradition der Revolution und der Kommune, könnte doch entstehen.

SPIEGEL: Wenn aber nicht, wird sich Ihrer Meinung nach dann der Niedergang der Kommunistischen Partei fortsetzen?

JUQUIN: Das ist leider sehr wahrscheinlich. Eine Partei, die jede Glaubwürdigkeit verloren hat, wird sich bei der nächsten Wahlentscheidung, der Präsidentschaftswahl 1988, sehr schwer tun. Außerdem wird die Ausblutung unter den Mitgliedern und den Intellektuellen leider weitergehen.

SPIEGEL: Auf wieviel Prozent, fürchten Sie, könnte die Kommunistische Partei noch absacken?

JUQUIN: Die Geschichte vieler kommunistischen Parteien, etwa der DKP, zeigt, daß es bei freiem Fall keine andere Grenze gibt als Null.

SPIEGEL: Der Niedergang der Kommunistischen Partei wurde weder durch ihren Eintritt in die Linksregierung 1981 noch durch ihren Austritt aus dieser Regierung 1984 gestoppt. Welches war der größere Fehler?

JUQUIN: Weder das eine noch das andere. Wir mußten seinerzeit in die Regierung gehen, aber wir durften nicht länger drin bleiben. Wir haben aus unserer Mitgliedschaft in der Regierung nichts gemacht.

SPIEGEL: Ist die Partei nicht in gewisser Weise auch das Opfer des Strategen Mitterrand? Er hat sie erst benutzt, um an die Macht zu kommen, und danach fallengelassen.

JUQUIN: Daran ist etwas Wahres, aber nicht so, wie die Parteiführung es jetzt darstellt. Sie bezichtigt die Reformer, „Agenten Mitterrands“ und „Steigbügelhalter der Sozialdemokratie“ zu sein. Die Realität sieht natürlich ganz anders aus: Die Politik der Parteiführung hat Millionen französischer Arbeiter der Sozialistischen Partei in die Arme getrieben. Wir haben nicht verstanden, sie bei uns zu halten.

SPIEGEL: Monsieur Juquin, in Wahrheit wollen Sie eine ganz andere Partei.

JUQUIN: Diese Frage wird uns jetzt oft gestellt. Und nach allem, was in diesen Tagen in der Kommunistischen Partei vor sich geht, wie die Parteiführung uns als „Liquidatoren“ diskriminiert . . .

SPIEGEL: . . . als „Spalter“, „Veräter“, „Diener der Interessen des Großkapitals“ . . .

JUQUIN: . . . also auf gut französisch als Feinde, glaube ich kaum, daß eine Erneuerung von innen her große Chancen hat. Ich werde mich schlagen, solange mir noch ein Millimeter Platz bleibt. Aber wenn das nicht möglich sein sollte, werden wir vor eine schmerzhaft Wahl gestellt sein: entweder uns ins Privatleben zurückziehen und Romane zu schreiben, wie andere vor uns,

Organe der Meinungsbildung, mit Leuten, die in der Kommunistischen Partei sind, und mit anderen, die drin waren, aber auch mit noch anderen, die ihr nie angehört haben. Letztendlich haben Pierre Juquin und die paar Reformer in der Parteiführung recht wenig Gewicht. Die Geschichte wird von Millionen Menschen gemacht, und diese Millionen werden auch das Problem der Wiedergeburt einer neuartigen Kommunistischen Partei für das Frankreich des 21. Jahrhunderts lösen.

SPIEGEL: Wie stark sind die aktiven Reformer und ihre Anhängerschaft in der Partei?

JUQUIN: Casanova in den 50er und Garaudy in den 60er Jahren hatten nur wenige intellektuelle Anhänger und



Dissident Juquin, Genossen*: „Ich kenne meinen Anteil an den Fehlern der Partei“

oder weiterzukämpfen. Wie viele von uns habe ich persönlich den Wunsch, weiterzukämpfen, damit der revolutionäre Geist in Frankreich eine politische Ausdrucksform behält. Aber in Gestalt einer neuen Partei? Einer zweiten Kommunistischen Partei? Ich weiß es nicht, ich bezweifle es sehr.

SPIEGEL: Sie schrecken vor dem endgültigen Bruch zurück?

JUQUIN: Ich sehe das Problem nicht so sehr unter diesem Gesichtspunkt. Zuerst kommen die Ideen, die Strukturen kommen später. So war es zum Beispiel bei den deutschen Grünen. Für den Augenblick geht es uns darum, Treffpunkte zu schaffen, Diskussionsorte und

dann noch ein oder zwei Departements, auf die sie sich stützen konnten. Heute ist das ganz anders. Der Protest ist landesweit. Er umfaßt etwa ein Drittel der Parteimitglieder. Etwa ein weiteres Drittel hält zur Parteiführung. Dazwischen gibt es etwa ein Drittel Kommunisten, die zögern, die hin und her gerissen sind und nach einem Ausweg suchen. Viele stehen gedanklich schon außerhalb der Partei, andere möchten sich schlagen. Ich will nicht, daß wir sie verlieren. Deshalb wünschte ich, daß es in den kommenden Monaten noch möglich ist, mit allen zu sprechen und das Schlimmste zu verhindern.

SPIEGEL: Zum erstenmal in der Geschichte der Partei haben sich mehrere Dissidenten geweigert auszutreten. Claude Poperen und Marcel Rigout haben ihre Sitze im Zentralkomitee aus

* Beim KP-Kongreß 1985 stimmt Juquin, mittlere Reihe 2. v. l., als einziger auf der Tribüne der Parteiprominenz gegen die Schlußresolution; untere Reihe 3.v.l.: Generalsekretär Marchais.

Protest aufgegeben, wollen aber in der Partei bleiben, während Sie selbst sogar im ZK geblieben sind. Wagt es die Partei nicht mehr, ihre Feinde auszuschließen?

JUQUIN: Natürlich nicht. Die Parteiführung hat nicht mehr die Kraft, uns auszuschließen, weil die Bewegung so sehr in die Tiefe geht und weil die politische Linie der Parteiführung unhaltbar geworden ist. Französischen Kommunisten erzählen zu wollen, daß die französische Gesellschaft immer weiter nach rechts gleite, daß sich die Partei deshalb gegen alle wenden und auf sich selbst zurückziehen müsse, eine solche Haltung hat schon Karl Marx an den Pariser Kommunisten von 1871 kritisiert. Er hat gesagt: Wenn man sich allein gegen alle stellt, wird man schließlich allein vor Leichen stehen.

SPIEGEL: Jetzt stehen Sie in der Parteiführung ziemlich allein da. Glauben Sie, daß Sie nach dem nächsten Parteitag noch im Zentralkomitee sein werden?

JUQUIN: Die Wahrscheinlichkeit dürfte nahe null sein. Der Parteitag wird auf Konfrontation hinauslaufen. Aggression üben dabei nicht die Reformer, wir wollen nur diskutieren. Die Parteiführung aber will uns eliminieren, was bis zur Spaltung gehen könnte.

SPIEGEL: Kommunisten im Département Hérault haben erklärt, daß die gegenwärtige Parteiführung sich vom Leben abgeschnitten und eine „Bunker“-Mentalität habe . . .

JUQUIN: Völlig richtig. Sie spielt Fort Alamo: Von allen Seiten angegriffen, schießen die Eingeschlossenen auf alles, was sich bewegt. Aber man kann heute nicht mehr Fort Alamo spielen.

SPIEGEL: Können Sie uns das Phänomen erklären, daß Claude Poperen, Marcel Rigout und Pierre Juquin, die seit 30 oder 40 Jahren in der Partei sind, im Zentralkomitee oder im Politbüro gesessen haben, so viel Zeit brauchten, um zu den Schlußfolgerungen zu gelangen, die sie heute ziehen?

JUQUIN: Diese Frage setzt mir sehr zu, dabei vertue ich meine Zeit keineswegs mit dauernder Introspektion. Ich glaube, daß die Friedhöfe voll sind mit Menschen, die sich für unersetzlich gehalten haben. Wenn ich aber darüber nachdenke, fühle ich eine gewisse Schuld, daß ich so lange die Fehler der Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs mitgemacht und das archaische System unterstützt habe. Ja, ich habe lange gebraucht, meinen Weg zu gehen, es ist ein schwieriger, ein schmerzhafter Weg. Ich habe mir jahrelang Fragen gestellt, ohne daß ich schon klar gesehen hätte. Deshalb werde ich niemals einen Stein auf jene Genossen werfen, die sich nicht entscheiden können.

SPIEGEL: Monsieur Juquin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

IRLAND

Auf die Titanic

„Charlie der Böse“ gegen „Garret den Guten“ – die Parlamentswahlen sind ein Duell zweier Erzrivalen.

Bananenrepublik ohne Bananen“ nennen zynische Iren ihre Insel. Der Staat hat, pro Kopf gerechnet, dreimal soviel Auslandsschulden wie Mexiko. Irlands Wirtschaftswachstum sackte unter ein Prozent. Jeder fünfte findet keinen Job.

Die Politiker wissen kein Rezept gegen die Krise. Der Posten des Premierministers in Dublin gilt deshalb als „Ticket für die Titanic“.



Premierminister FitzGerald: „Liebenswertester Politiker der Welt“

Jetzt will ein selbsternannter „Mann, der nie untergeht“, das schlingernde Staatsschiff entern: Charles Haughey, schon zweimal als Regierungschef abgelöst, Überlebender etlicher politischer Krisen und des Untergangs seiner Luxusjacht „Taurima“, die 1985 vor der irischen Küste zerschellte.

Vor den vorzeitig angesetzten Wahlen am Dienstag nächster Woche führt Haugheys Partei Fianna Fail („Soldaten des Schicksals“) mit beträchtlichem Vorsprung vor der Partei Fine Gael („Stamm der Gälen“) des amtierenden Premiers Garret FitzGerald.

Bei Wahlreisen im irisch-grün gestrichenen Hubschrauber, den ein Haughey-Sohn steuert, gibt sich der Fianna-Fail-Führer schon wie der neue „Taoiseach“ (Hauptling), so der offizielle Titel des irischen Premiers. Seine sendungsbewußte Wahlhymne fordert: „Erhebt euch und folgt Charlie.“

Staatsschulden von 24 Milliarden Pfund, ein Rekord-Haushaltsdefizit von 8,6 Prozent des Bruttosozialprodukts und Sozialhilfeleistungen für 40 Prozent der Bevölkerung – daran wird auch die Fianna Fail so rasch nichts ändern können, wenn sie wieder an die Macht kommen sollte. Und weil auch keine wesentlichen ideologischen Unterschiede die beiden großen Parteien trennen, ist der Wettstreit um die Hauptlingswürde ein reiner Zweikampf von Persönlichkeiten.

FitzGerald und Haughey treten zum viertenmal gegeneinander an – mit einer Feindschaft, die von Mal zu Mal bitterer wurde. FitzGerald warf Haughey einmal „übermächtigen Ehrgeiz“ und einen „defekten Stammbaum“ vor. Haughey hält FitzGerald für einen „shoneen“,

jemanden, der sich bei den Briten anbietet.

Dabei sind FitzGerald wie Haughey irische Patrioten. Beide sind 61 Jahre alt. Beide wurden vom gleichen Mann, dem ehemaligen Irland-Premier Sean Lemass, in die Politik gebracht. Als Studenten in Dublin buhlten sie um dieselbe Kommilitonin. FitzGerald gewann, Haughey ehelichte daraufhin die Lemass-Tochter Maureen.

Beide verkörpern irische Charaktereigenschaften wie aus dem Bilderbuch. Haughey hat die Verschlagenheit eines Volkes, das jahrhundertlang von den Briten kujoniert wurde. Er war einmal in eine Waffenschmuggelaffäre verwickelt, wurde jedoch freigesprochen. Seine Regierung ließ die Telephone von Journalisten anzapfen. Als „Mischung zwischen Nixon und Salazar“ sah ihn ein Parlamentskollege. Die Iren nennen ihn „Charlie den Bösen“.